



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 22.03.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:30 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz

Janine Küchenmeister

Ordentliches Mitglied

Marko Njammasch

Beata Czech

Mathias Buttler

Olaf Manthey

Martina Leisten

Sachkundige Einwohner

Wendelin Trautmann

Marie Poltzin

nicht anwesend

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

Pressesprecher

Grit Mindak

Protokollant(in)

Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 23.11.2022 und 15.02.2023
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Erweiterung der Kapazitäten in der Kindertagesstätte "Kinderschloss" um weitere 30 Plätze
- 9 Informationen zum Inhalt des Sportentwicklungskonzeptes
- 10 Bericht der Verwaltung: Wie wirken sich die Pläne des Landes (Schließung Doberlug Kirchheim) auf die Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf aus?
- 11 Bericht der Verwaltung zum Thema „Wohnen für Senioren in Zossen“
- 12 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

-
- 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende**
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende, Frau Küchenmeister, um 19:00 Uhr eröffnet.
-
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Frau Küchenmeister stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 6 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.
-
- 3 Feststellung der Tagesordnung**
Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor. Diese wird wie vorliegend abgestimmt.
- Abstimmung: 5 / 0 / 1
-
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Ausschusses vom 23.11.2022 und 15.02.2023**
Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannten Niederschriften vor. Diese gelten damit als angenommen.
-
- 5 Bericht aus der Verwaltung**
Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Schwarzweiler kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:
Frau Şahin-Schwarzweiler:
Vorab eine kurze Anmerkung zur Feststellung der Tagesordnung. Nach Verständigung mit der Kommunalaufsicht ist es nicht notwendig die Tagesordnung abzustimmen. Wenn es Änderungswünsche gibt, ist es lediglich notwendig darüber zu diskutieren. Tagesordnungspunkte, die von der Verwaltung auf die Tagesordnung gesetzt wurden, können nicht mit einem Antrag wieder runter genommen werden. Es muss auch nicht über solch einen Antrag abgestimmt werden.
- Es folgt der Bericht aus der Verwaltung.
- I Kita- und Schulamt
 - I.1 Aktuelle Belegungszahlen KITAs
 - I.2 Aktuelle Belegungszahlen - HORT
 - I.4 Informationen zu Streikmaßnahmen
 - I.5 Personalsituation
 - II Sanierung alte Gesamtschule Dabendorf
 - III Hort Zossen
 - IV.1 Begegnungsstätte Burgberg – Beschlusstext BV-Nr. 123/21/1
 - Begegnungsstätte Burgberg – Historie

- IV.2 Begegnungsstätte Burgberg – aktueller Sachstand
- IV.3 Begegnungsstätte Burgberg – Finanzierung
- IV.4 Begegnungsstätte Burgberg – Verfahrensschritt
- IV.6 Begegnungsstätte Burgberg – Pressetermin
- V Erstaufnahmeeinrichtung Wünsdorf (EAE)

Frau Küchenmeister:

Sie unterbricht den Bericht und ist der Meinung, dass das Thema Burgberg im Bericht der Verwaltung in diesem Umfang unangemessen ist, da es hierzu einen eigenen TOP auf der Tagesordnung gibt.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der Bericht aus der Verwaltung ist von der Verwaltung frei gestaltbar und nur die Verwaltung entscheidet über den Inhalt des Berichtes.

Der Bericht wird fortgeführt.

6 Einwohnerfragestunde

Frau Küchenmeister:

Sie stellt der Bürgerin die Frage, ob ihr Name im Protokoll aufgenommen werden darf.

Frau Schreiber:

Sie hat schon vor langer Zeit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ihr Name immer im Protokoll aufgenommen werden darf. Seit wann ist das wieder Thema?

Frau Küchenmeister:

Aufgrund der Datenschutzgrundverordnung legt die Kommunalaufsicht laut Auskunft der HVB Wert darauf, dass hier explizit eine Zustimmung vom Bürger vorliegen muss.

Frau Schreiber:

Zum Projekt Burgberg: Wenn sie das neue Projekt mit der neuen Förderung schon seit September kennen, seit Dezember den positiven Bericht haben, dass sie hier Fördermittel bekommen, warum vergehen 7 Monate, in denen mehrere Sitzungsdurchläufe waren ohne eine Information zu diesem Projekt bekannt zu machen? Warum wird jetzt Zeitdruck gemacht und man hat das Gefühl, dass der Beschluss nur durchgepeitscht wird? Sie sitzen seit über einem halben Jahr auf diesen Unterlagen. Warum werden die Informationen nicht durch die Verwaltung weitergegeben? Warum wurde nicht eher eine Beschlussvorlage hierzu gemacht? Warum lassen sich die Stadtverordneten das gefallen, dass jetzt aus einem regenerativen Neubau eine Sanierung entsteht, nur weil ein anderes Fördermittelprogramm abgegriffen wird?

Thema EAE: Durch das Kabinett wurden 3.000 Flüchtlingskapazitäten für das Land Brandenburg beschlossen. Sie hat das Thema bereits vor 2 Monaten angesprochen und wollte von der Verwaltung eine Auskunft, was sie dazu weiß und wie da vorgegangen wird. Ihre Anfrage wurde belächelt und als nicht wichtig abgetan. Jetzt kann man nichts mehr tun. Denken sie nicht, dass es besser wäre, wenn man etwas anpackt, solange man noch etwas tun kann und nicht wartet bis Dinge beschlossen sind?

Thema Schulträgerschaft der Comenius Oberschule Wünsdorf:

Sie hat bereits vor der letzten SVV gewarnt, was ein Neubau in Bezug auf die Schulträgerschaft für Folgen hat. Sie hat im Kreistag nachgefragt und hat

mittlerweile die schriftliche Antwort von der Landrätin dazu. Sie bittet Herrn Manthey dieses Schreiben an die Verwaltung und die Stadtverordneten weiterzuleiten, da es sich hier um ein öffentliches Dokument handelt.

In der Informationsvorlage der Landrätin steht das drin, wovon sie gewarnt hat. Zitat: „Mit dem Ziel die Gemeinden zu entlasten und mehr Handlungs- und Planungssicherheit zu bieten, wird der Landkreis seiner pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe vollumfänglich nachkommen. Dazu gehören Übernahme der Trägerschaften für alle neu zu errichtenden weiterführenden allgemeinbildenden Schulen gemäß §100 Satz 1 BbgSchulG“. Lt. Dem Schreiben sind das Bildungsministerium und auch alle Bürgermeister seit längerer Zeit über diese Konsequenzen informiert.

Werden die Stadtverordneten, die zu diesem Beschluss der Umwandlung in einen Neubau, zugestimmt haben, den Antrag stellen, diesen Beschluss aufzuheben, sodass die Trägerschaft der Comenius Oberschule nicht per Gesetz an den Landkreis geht?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es ist richtig, dass der §100 Satz 1 hier greift. Allerdings haben wir hier keine neue Schule, sondern eine alte Schule, die in ein neues Gebäude zieht. Demzufolge stellt sich die Frage nicht. Am 31.3. wird es ein Gespräch mit der Landrätin Frau Wehlan geben, wo sich zu dem Thema verständigt wird. In der SVV haben wir uns darüber verständigt, dass über einen Wechsel der Trägerschaft die SVV zu entscheiden hat.

Wir haben eine Oberschule die aus allen Nähten platzt. Wir sind verantwortlich für alle in unserem Stadtgebiet die gleichen Bildungschancen zu schaffen. Im Moment können wir dem nicht nachkommen. Sollte es Bedenken geben, dass uns die Grundschulen weggenommen werden, im §100 Absatz 1 BbgSchulG ist klar geregelt, dass Träger von Grundschulen die Gemeinden oder Gemeindeverbände mit Ausnahme der Landkreise sind. Sie sind auch Träger der Grundschulen, die mit Förderschulen oder Förderklassen zusammengefasst sind. Das ist in der Stadt Zossen nicht der Fall. Im Absatz 2 Träger von weiterführenden und allgemeinbildenden Schulen sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Hier ist nochmal ausdrücklich festzuhalten, dass wir keine neue Schule bilden, sondern ein neues Gebäude für eine alte Schule schaffen.

Dass die EAE Doberlug-Kirchhain doch offen gehalten und mit mehr Kapazitäten aufgestockt werden soll, ist zu begrüßen. In dem Artikel in der MAZ ist die Rede davon, dass die EAE um 3.000 Plätze aufgestockt werden sollen, um die Kommunen zu entlasten. Nirgendwo in diesem Artikel ist der Name Wünsdorf erwähnt, dass hier 3.000 Gäste kommen sollen. Es gibt derzeit keine weiteren Informationen vom Land, dass hier weitere Container aufgestellt werden sollen und eine Aufstockung stattfinden wird. Sobald hier Informationen vorliegen, wird die Verwaltung auch handeln und dies mit ihnen erörtern.

Wir müssen die Flüchtlingspolitik in unserem Land verfolgen, regeln und unterstützen. So wie sich die Lage in Wünsdorf momentan darstellt, kann sie auch bleiben. Ich begrüße auch den Ansatz der Landesregierung den Standort Doberlug-Kirchhain weiter zu betreiben.

Das Projekt Burgberg wurde in der internen Verwaltung geprüft und im September 2022 wurde der Förderantrag eingereicht. Als die Zusage vom Ministerium kam, sind wir sofort in die Öffentlichkeit gegangen und haben auch im Bericht der Verwaltung darüber berichtet.

Meines Erachtens hat die Verwaltung die Beschlussvorlage aus 2021 vollumfänglich umgesetzt. Die Finanzierung wurde abgesichert. Es ist realisierbar. Sollte die Finanzierung nicht greifen und wir müssten das aus unserem eigenen Haushalt stemmen, dann würde die Verwaltung auf sie zukommen. Das ist aber nicht eingetreten. Wir haben eine 70 %ige Finanzierung des Projektes.

Dem Ministerium wurden die Unterlagen aus 2021 zur Verfügung gestellt. Hier wurde

festgestellt, dass es Sinn macht, dies nochmal im Finanzausschuss und der SVV zu besprechen, weil es sich um eine Kostenerhöhung des Eigenanteils handelt. Diese Erkenntnisse lagen zum Anfang des Jahres noch nicht vor. Ziel ist es den Antrag mit der Entwurfsplanung am 28.04.2023 einzureichen.

Frau Schreiber:

Ist es nicht so, dass das Ministerium sie zum Thema Burgberg ganz dringend darauf hingewiesen hat, dass sie zwingend einen neuen Beschluss brauchen, da es keine Fördermittel für Neubauten gibt und sie mit dem alten Beschluss nichts erreichen? Warum war dieser Beschluss im Finanzausschuss und nicht heute im SJBS?

Frau Schreiber zitiert nochmals aus dem Schreiben der Landrätin. Sie weist erneut darauf hin, dass es hier um die Trägerschaft von einer weiterführenden Schule und nicht von einer Grundschule geht. Werden sie sich an dieser Stelle die Unterlagen anschauen und selbst auch mal recherchieren? Der Beschluss ist dringend zu korrigieren.

Frau Küchenmeister:

Möchte jemand von den Stadtverordneten antworten?

Herr Wollgramm:

Bei den Schulen handelt sich um eine Absichtserklärung, mit der noch nichts beschlossen ist.

Der Finanzausschuss wurde blockiert. Wir hätten zum Burgberg beraten können.

Wir liegen 1 Mio. unter der Investitionsplanung. Was gibt es da auszusetzen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir haben eben eine Zusammenfassung von Frau Schreiber gehört, in der herauszuhören ist, dass sie einiges falsch versteht und die Verwaltung falsch zitiert.

Frau Şahin-Schwarzweiler stellt nochmal klar, dass Frau Wehlan nichts gesagt hat. Sie habe lediglich aus dem §100 Absatz 1 des BbgSchulG zitiert, in dem die Trägerschaft auch klar geregelt ist.

Herr Buttler stellt einen Geschäftsordnungsantrag die Einwohnerfragestunde zu verlängern.

Frau Küchenmeister:

Es ist nicht notwendig über diesen Antrag abzustimmen, da sie als Sitzungsleiterin das Recht hat, von sich aus die Einwohnerfragestunde zu verlängern. Die Einwohnerfragestunde wird, wenn nötig, ohne Antrag verlängert.

Bürger Lutz Hänicke:

Die Fragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten, aber eine Soll-Bestimmung ist keine Muss-Bestimmung. Nehmen sie mit dem Handy unberechtigt Foto- und Wortaufnahmen auf?

Frau Küchenmeister:

Der Betroffene wird gefragt, ob ein Ton- und Bildaufzeichnungsgerät benutzt wurde?

Herr Buttler:

Ich habe ein Ton- und Bildaufzeichnungsgerät benutzt, um die Zeit zu stoppen. Auch auf nochmaliger Nachfrage von Frau Küchenmeister bestätigt Herr Buttler keine Aufzeichnungen getätigt zu haben.

Bürgerin Frau Hänicke:

Die Einwohnerfragestunde wird von den Stadtverordneten massiv gestört und dadurch ausgeweitet. Ist das so üblich?

Frau Şahin-Schwarzweiler stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf 5 Minuten Pause.

Abstimmung: 4/ 2 / 0

Es findet eine Pause von 19:55 Uhr bis 20:00 Uhr statt.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ich möchte nochmals erklären, warum die Beschlussvorlage Burgberg nicht in den SJBS aufgenommen wurde. An der Grundsatzidee hat sich nichts geändert. Das Einzige was sich eventuell verändert hat, sind die räumlichen Dimensionen. Aufgrund dessen kann das gerne im Bauausschuss diskutiert werden, aber der SJBS ist davon nicht betroffen. Es gibt keine Änderung am Konzept, was die Nutzung des Objektes betrifft.

Herr Manthey:

Die Mail von der Landrätin wurde weitergeleitet.

Hinweis zur Tagesordnung: Der Ort Doberlug-Kirchhain ist falsch geschrieben.

Herr Njammasch:

Wie ist der Stand der Kitas bezüglich zum Bau? Explizit das Kitaschloss? Der Bedarf ist hier groß. Viele Eltern haben Angst keinen Platz zu bekommen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Momentan wird hier entkernt. Was den Bauantrag betrifft, sind wir mit der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Ministerium in Abstimmung. Diese läuft bis jetzt sehr gut. Alle Themen die nicht vom Bauantrag betroffen sind, sind vom Investor schon in der Umsetzung.

Die Evangelische Kirche hat ebenso den Bauantrag gestellt. Dazu wird es mit dem Landkreis noch ein weiteres Gespräch geben, ein sogenanntes Investorengespräch um die Bearbeitung des Bauantrages im Landkreis mit Frau Fischer zu beschleunigen.

Für die Waldkita hat sich die untere Denkmalschutzbehörde und die untere Bauaufsicht jetzt auf einen Standort geeinigt. Nächste Woche wird es einen Termin mit dem Planer geben, sodass hier weiter daran gearbeitet werden kann und der Mietvertrag dann im entsprechenden Ausschuss und in der SVV vorgestellt werden kann.

Frau Küchenmeister:

Wie ist der Stand zu der Theaterkita?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das gestaltet sich schwierig. Die Investoren sind weiterhin daran interessiert, hier eine Kita zu errichten. Man muss gucken wie sich der Denkmalschutz damit auseinandersetzt und welche Auflagen es geben wird. Insbesondere wo wir beim Preis/m² landen werden. Hierzu wird es auch nochmal Absprachen geben. Bezüglich der Kosten ist das Thema mit Vorsicht zu betrachten.

Vielleicht wird doch ein anderer Standort gefunden.

Frau Küchenmeister:

Wir hatten in Dabendorf noch eine Idee.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Auch in Dabendorf sind wir mit dem Investor in Kontakt und das Projekt schreitet voran. Man möchte sich jetzt allerdings noch auf einen weiteren Anbieter fokussieren. Die Gespräche hinsichtlich der Betreiberfunktion laufen bilateral. Wir

sind im Aufstellungsbeschluss bzw. im B-Plan Verfahren. Bis der B-Plan die Satzungsreife erreicht hat, werden wir hier eine Lösung für die angestrebte Kita haben.

Frau Leisten:

Wie sind die Kapazitäten im Hort? In Wünsdorf gibt es nur noch 1 freien Platz.

Werden tatsächlich im Hort Kinder der EAE betreut? Wenn ja, wie viele?

Um wieviel Personen wird die Kapazität in der EAE erhöht? 3.000?

Für wen sind die aufgestellten Container? Sind diese ausgelastet? Wie viele Menschen wohnen dort? Es sollten hier Ukrainer untergebracht werden. Laut Informationen ist dort kein einziger Ukrainer untergebracht.

Warum ist der Burgberg weder im SBJS noch im BBW Thema? Die Thematik gehört hier her.

Warum ist das nicht auf der Tagesordnung der jeweiligen Ausschüsse?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das Thema Burgberg wurde bereits erörtert. An dem Konzept, wie sich das Gebäude als Nutzungsobjekt gestaltet, hat sich nichts geändert. Es ist weiterhin vorgesehen, dass dort der Jugendclub, das Sport- und Vereinsheim und die Senioren untergebracht werden. Der SBJS beschäftigt sich lediglich mit sozialen und nicht mit baulichen Angelegenheiten. Soziale Komponenten sind in dem Fall hier nicht betroffen.

Im Bericht der Verwaltung ist eine Erörterung sinnvoll. Da es sich um finanzielle Auswirkungen handelt, wurde der Beschluss im Finanzausschuss aufgenommen.

Es handelt sich um eine Vorplanung und nicht um eine Endplanung. Herr Just hatte sich bereit erklärt, dieses Thema im BBW nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen und zu diskutieren. Dem stimmt die Verwaltung auch zu.

Momentan kann sie nicht sagen wie sich die Kapazitäten in der EAE gestalten werden. Wir sind nicht für die Einrichtung zuständig. Das ist Landessache. Hierzu liegen aktuell keine Erkenntnisse vor. Es wird ein Flüchtlingskongress, zusammen mit der Landrätin und den Oberbürgermeistern stattfinden. Danach werden wir Informationen erhalten und schauen, wie wir uns dazu positionieren.

Es entzieht sich ihrer Kenntnis, dass in den Containern keine Ukrainer untergebracht sind.

Um hierzu Informationen zu erhalten, möchte Frau Leisten bitte an den Betreiber oder an das Land herantreten.

Im Hort wird kein Kind aus der EAE betreut. Die EAE hat eine eigene Schule.

Die Kapazitätsprobleme im Hort sind da. Bis jetzt brauchten wir noch nicht handeln.

Es wurde jetzt aber um eine Aufstockung gebeten.

Herr Klucke:

Der Burgberg ist auch ein Thema für den BBW. Es sollte als TOP zur Beratung mit aufgenommen werden. Zu dem Thema EAE sollte nochmal nachgehakt werden, wie hoch die Aufstockung ist. In den Sitzungen sollte der Ehrenkodex beachtet werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der Ehrenkodex wurde von den meisten in der SVV mit dem Argument abgelehnt, man bräuchte ihn hier nicht. Natürlich werden wir zur EAE im Landkreis nachfragen. Momentan gibt es aber nur die aktuellen Belegungszahlen. Nochmal zur Wiederholung, neue Erkenntnisse werden selbstverständlich weitergegeben.

Frau Küchenmeister:

Zurückkommend auf den Bericht aus der Verwaltung: Wie muss man sich den Inhalt ihrer Wortlaute genau vorstellen? Was ist mit Umgestaltung der alten Gesamtschule

Dabendorf gemeint? Wurden Klassenräume in Wohnungen umgewandelt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Frau Reglin hat für alle Gäste Wohnraum besorgt. Es gibt Wohnungen, die noch nicht ganz bezugsfertig sind. Deshalb sind noch Bewohner in der Unterkunft, da die Wohnungen noch nicht bezugsfertig sind.

Frau Küchenmeister:

Zum Thema Burgberg: Der Finanzausschuss wurde blockiert, da über die weitreichenden Änderungen nicht ausreichend informiert wurde und demzufolge nicht alle auf dem gleichen Informationsstand waren. Es sollten beide Ausschüsse vorher tagen. In dem Beschluss 123/21/01 wurden Kosten von 250.000 € aufgeführt. Jetzt haben wir 3 Mio. € Kosten und bekommen 1,7 Mio. € Förderung. Der Eigenanteil steigt damit von 250.000 € auf 1,3 Mio. €. Darüber sollte man sprechen. Macht dieses Förderprogramm Sinn oder fahren wir ohne nicht vielleicht besser?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es muss im Finanzausschuss diskutiert werden. Es war die Rede von 70% Förderung und nicht von 90%. Die Verwaltung hat hier nichts unterschlagen. Die Kriterien, insbesondere auch der Zeitplan wurden zur Verfügung gestellt. Nach der Sommerpause wurde informiert, welches Förderprogramm in Anspruch genommen wird. Als die Zusage für die 1,7 Mio. € kam, wurde auch dies kommuniziert. Leider wird jetzt das Projekt wieder in Frage gestellt. Das Thema kann gerne nochmal in den Bauausschuss genommen werden. Es kann nochmal über die baulichen Veränderungen und energetischen Einsparungspotenziale gesprochen werden. Es wäre sinnvoll dieses Förderprogramm zu nutzen, da es hohe energetische Anforderungen hat. In den Skizzen aus dem Bericht der Verwaltung ist genau zu erkennen, welche Gebäude bleiben, welche abgerissen werden und wo neu gebaut wird. Auch in der alten Beschlussvorlage ist ersichtlich welche Objekte bleiben werden und saniert werden.

Frau Küchenmeister:

Es stand nicht in der Beschlussvorlage, was stehen bleibt, was abgerissen wird. Die Gebäudeaufteilung ist uns nicht bekannt. Wir reden hier über ein Mehrgenerationenhaus, eine Begegnungsstätte für Alt und Jung und z.B. die Frage ob denn auch für alle Platz ist, sollte im SBJS diskutiert werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es macht den Anschein einer Verzögerungstaktik. Die Chance der Beratung und Diskussion war gegeben.

Herr Wollgramm:

Im Finanzausschuss ist das Projekt Burgberg nicht besprochen worden, weil Herr Christ diesen Punkt von der Tagesordnung genommen hat. Wir hätten alle die Chance gehabt, die Unterlagen einzusehen. Spätestens nach dem Finanzausschuss waren die Unterlagen auch online einzusehen.

Frau Küchenmeister:

Herr Christ hat einen Antrag gestellt auf Verweisung in den Bauausschuss.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Der BBW wird nochmal eingeladen. Dieser sollte noch vor dem 26.04. stattfinden.

Herr Njammasch:

Wie gehen wir mit dem Thema Burgberg um? Könnten wir vielleicht eine Aufklärungssitzung einberufen? Eventuell sollte nochmal ein BBW dazu einberufen werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Ein BBW ist für den 19.04.23 angesetzt.

Herr Wollgramm:
Vorschlag: Die Auszüge aus dem Bericht der Verwaltung nochmal zusammenfassen und zusätzlich der Pläne an alle Stadtverordneten senden. Dann hat jeder die Möglichkeit sich vorzubereiten.

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Mit der Einladung können wir erst die Unterlagen versenden. Der Bericht ist online einsehbar und von jedem abrufbar. Es sollte bitte auch jeder eigenständig aktiv werden.

Herr Klucke:
Warum wurde zum Thema EAE noch nicht nachgefragt wie hoch die Aufstockung ist?

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Die Verwaltung hat das getan. Alles was an Erkenntnis vorliegt, wurde ihnen mitgeteilt.
Das Angebot zur Einsicht des Schriftverkehrs wurde von keinem Stadtverordneten angenommen.

8 Erweiterung der Kapazitäten in der Kindertagesstätte "Kinderschloss" um weitere 30 Plätze

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Es gibt hier die Option, dass noch weitere 30 Plätze in der oberen Etage geschaffen werden können. Das sind Plätze für Kinder, die z.B. noch besondere Betreuung benötigen oder im Alltag eingeschränkt sind. Der Investor hat diese Option angeboten. Die Etage würde barrierefrei mit Fahrstuhl gestaltet werden und wäre somit auch gut nutzbar für Inklusionskinder. Da es so etwas in der Stadt Zossen noch nicht gibt, ist das Thema auf jeden Fall diskussionswürdig.

Herr Njammasch:
Gibt es Bedingungen oder Vorgaben die beachtet werden müssen?

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Die Vorgabe ist der Mietvertrag. Wenn wir uns für Inklusionsplätze entscheiden, müsste sonderpädagogisches Personal eingestellt werden. Dabei sind die Lohnkostenzuschüsse vom Landkreis anders ausgestattet. Sollten es normale Plätze werden, kann das mit den Erziehern ohne spezielle Ausbildung abgedeckt werden. Ich würde dieses Angebot gerne in Anspruch nehmen.

Frau Küchenmeister:
Es sollten ja auch Räumlichkeiten der Lebensstadt zur Verfügung gestellt werden. Fallen die jetzt weg?

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Die Lebensstadt würde diese Räumlichkeiten nicht weiter in Anspruch nehmen, sondern hat sich mit dem Investor anderweitig geeinigt. Es gibt noch weitere Objekte die zur Verfügung stehen.

9 Informationen zum Inhalt des Sportentwicklungskonzeptes

I Sportstättenentwicklungskonzept der Stadt Zossen

I.I Vorhaben

- Ziele
- Grundlage
- Voraussetzung

I.II Inhalt / Aufbau

- Festlegen von Leitzielen unter Berücksichtigung
- Erhebung und Bewertung der Sportstätten in der Stadt Zossen
- Erhebung von aktuellen Sportangeboten und Aktivitäten
- Bedarfsermittlung der Bevölkerung
- Analyse / Gegenüberstellung / Auswertung

Frau Küchenmeister:

Was ist mit der Clusterung gemeint? Geht es da um Schul- und Vereinssport?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das ist ein internes Thema. Wir haben zwei tolle Handballmannschaften in der Stadt Zossen. Diese haben andere Trainingsvoraussetzungen und benutzen einen entsprechenden Kleber um die Ballfestigkeit zu behandeln. Dadurch wird der Hallenboden etwas in Mitleidenschaft gezogen.

Wenn so ein Thema auch mit in ein Entwicklungskonzept aufgenommen wird, wenn Sanierung des Hallenbodens notwendig ist oder welches Material zu verwenden ist, würde das dem Verein und auch uns helfen.

Frau Küchenmeister:

Wer wird in den Planungsgruppen mitwirken?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

In erster Linie sollen die Sportvereine mit entsprechenden Ansprechpartnern berücksichtigt werden. Die Verwaltung wird berücksichtigt werden. Der Schulsport, mit Sportlehrern soll sich beteiligen, bzw. dann auch die Schulleitung. Wichtig ist auch die Bürgerbeteiligung.

Herr Njammasch:

Ihm wäre bei dem Thema wichtig, dass die Sportvereine mitgenommen werden. Es sollte Transparenz für alle geschaffen werden.

Herr Njammasch stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Fortführung der Sitzung nach 22:00 Uhr hinaus.

Abstimmung: 3 / 2 / 1

Herr Schulz online:

Der Freizeitsport muss hier ebenfalls berücksichtigt werden. Es sollte nicht nur Sportvereine erwähnt werden, sondern Vereine generell.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Vereine, die sportlich aktiv sind, werden hier auch berücksichtigt.

10 Bericht der Verwaltung: Wie wirken sich die Pläne des Landes (Schließung Doberlug Kirchheim) auf die Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf aus?

Frau Küchenmeister:

Der Wunsch war, dass Frau Şahin-Schwarzweiler die Stadt Zossen zum Thema vollumfänglich und regelmäßig informiert.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

2014/2015 hatte die EAE die perspektivische Prognose zur Auslastung von 3.000 Bewohnern.

Dazu kam es aber nie. Wir hatten nie über 1.200 Bewohner. Da zu diesem Zeitpunkt noch keiner wusste, dass es einen Krieg in der Ukraine geben wird, hatte man sich entschlossen Container zurückzubauen. Letztes Jahr mussten dann wieder Container aufgestellt werden. Die Betriebserlaubnis der Container war immer zeitlich begrenzt.

Die Aussage von der Ausländerbehörde war, dass wir die Schließung von Doberlug-Kirchhain, nicht zu spüren bekommen und dass auch, was Abschiebehäftlinge betrifft, Wünsdorf nicht betroffen ist. Auch nach den Gesprächen liegen vorerst keine weiteren Erkenntnisse vor. Es muss erst der Flüchtlingsgipfel abgewartet werden. Dieser findet am 29.03.23 statt. Wir haben unsere Tendenzen und Befürchtungen, auch aus der Bevölkerung, mitgeteilt. Diese kennt Frau Wehlan. Es muss abgewartet werden, wie sich von Landkreisseite aus positioniert wird. Das ist noch nicht abzuschätzen. Ab 31.03. wird das kommuniziert werden, spätestens bei der SVV.

Die Entscheidung das Doberlug-Kirchhain weiter betrieben wird, begrüßt sie und hofft, dass mit dieser Entscheidung Wünsdorf weitestgehend verschont bleibt. Die Abschiebungen sind nicht Aufgabe der Kommune. Ich gehe davon aus, dass das den Landkreis betrifft und hier Beraterteams zur Verfügung gestellt werden. Das wird eine Herausforderung. Diese Aufgabe sehe ich auf keinen Fall in einer Kommune, sondern höher angesetzt und dazu wird sich die Verwaltung auch der Landesregierung gegenüber positionieren.

Herr von Lützwow:

Er bittet die Verwaltung sofort nach dem 31.03.2023 bzw. sobald es neue Informationen gibt, darüber zu informieren.

11 Bericht der Verwaltung zum Thema „Wohnen für Senioren in Zossen“

Frau Küchenmeister:

An wen können sich Senioren, die Wohnraum suchen, wenden? Können wir vielleicht Übersichten mit entsprechenden Ansprechpartnern zur Verfügung gestellt werden?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Alle Bürger können sich an die ZWG wenden. Leider sind nicht alle Wohnungen barrierefrei und seniorengerecht. In den neuen B-Plänen und städtebaulichen Verträgen gibt es jetzt auch eine Klausel, dass barrierefreies Wohnen geschaffen wird. Auch bei den Investoren ist das Mehrgenerationenwohnen und das betreute und altersgerechte Wohnen angekommen und sehr hoch im Kurs. Die Frage ist, inwieweit ist das bezahlbar? Können sich Menschen im Alter diese Wohnungen leisten? Hier muss viel stärker mit dem Seniorenbeirat, den Investoren, mit den einzelnen Gremien auf Landkreisebene in Kontakt getreten werden, um bezahlbares Wohnen für Senioren zu ermöglichen. Leider gibt es wenige Investoren, die diesen sozialen Ansatz berücksichtigen und dann auch mit einer bezahlbaren Miete umsetzen. Konzepte wie in Nächst Neuendorf müssen weiter fokussiert werden.

Frau Küchenmeister:

Kann hier eine Übersicht erstellt werden, die wir den Senioren zur Verfügung stellen können?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir können die Wohnungsbaugesellschaften anfragen. Für den Tag der Pflege ist dies auf jeden Fall auch ein Thema. Wir müssen hier mehr miteinander kommunizieren. Neue B-Pläne sollen vom Seniorenbeirat mit angeschaut werden, sodass auch rechtzeitig eingegriffen werden kann, wenn mehr Bedarf besteht. Wir müssen gucken, wo, in welchen Ortsteilen, in welcher Region werden in Zukunft Bedarfe entstehen. Der Gedanke der Barrierefreiheit in der Stadt Zossen muss bei den Planungen dringend verankert werden.

Herr von Lützwow:

Es gab eine Beratungsrunde im Bürgerhaus. Hier hat ein Investor gute Ideen gehabt und angeboten Sozialwohnungen zu bauen. Vielleicht kann man diesen Investor einladen, um mit ihm über diese Thematik zu sprechen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es muss bezahlbarer und sozialgerechter Wohnraum für Senioren, Familien, Alleinstehende, Schüler, Studenten etc. geschaffen werden. Neubau von sozialverträglichen Wohnungen wird seitens der Verwaltung vorerst nicht in Betracht gezogen. Es sollten bestehende Wohnungen saniert und den Anforderungen entsprechend hergerichtet werden

Herr Manthey:

Wer ist die/der Seniorenbeauftragte?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Aktuell ist diese Stelle nicht vergeben. Diese wird hoffentlich zum 01.04.23 vergeben.

12 Schließung der öffentlichen Sitzung

Frau Küchenmeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:47 Uhr.

Janine Küchenmeister
Vorsitz

Juliane Sasse
Protokoll